

HOAI

Kurzkomentierung der Änderungen und der neuen Vorschriften

(sämtliche nachfolgenden Äußerungen stellen unsere Ansicht zu den neuen Vorschriften dar und beanspruchen keine Verbindlichkeit)

<u>§§ neu</u>	<u>§§ alt</u>	<u>Ergänzung/erhebliche Änderung/Neu/Weggefallen</u>
Neuer Aufbau		<p>Der Aufbau der HOAI ist geändert worden:</p> <p>Beratungsleistungen, Besondere Leistungen, Leistungsbilder und Objektlisten sind in einen Anhang ausgegliedert worden (vgl. u.a. § 3 HOAI 2009 unten).</p> <p>In der HOAI selbst gibt es nunmehr im Wesentlichen 4 Teile (Allg. Vorschriften, Flächenplanung, Objektplanung, Fachplanung). Die allgemeinen Vorschriften aus Teil 1 wurden so formuliert, dass sie grundsätzlich für die Teile 2-4 gelten können. Aus dem früheren Teil 2 Objektplanung sind entsprechend Regelungen allgemeiner Art in den neuen allgemeinen Teil übernommen (und somit vor die Klammer gezogen) worden, u. a. Regelung zu</p> <ul style="list-style-type: none"> - den anrechenbaren Kosten aus der HOAI 1996 § 10 in § 4 HOAI 2009 - zu den Honorarzonen aus § 11 HOAI 1996 in § 5 HOAI 2009 - Berechnung des Honorars bei Beauftragung von Einzelleistungen aus § 19 HOAI 1996 in § 9 HOAI 2009 - zu mehreren Vor- und Entwurfsplanungen aus § 20 HOAI 1996 in § 10 HOAI 2009 - zu Auftrag für mehrere Gebäude aus § 22 HOAI 1996 in § 11 HOAI 2009. <p>Hierdurch erübrigen sich die häufigen Verweise in den anderen Teilen auf die Vorschriften des Teils 2 der alten HOAI.</p> <p>In Teil 2 neue HOAI werden geregelt die Bauplanung und die Landschaftsplanung. In Teil 3 werden die einzelnen Leistungsbilder der Objektplanung geregelt (Gebäude und raumbildende Ausbauten, Freianlagen, Ingenieurbauwerke und Verkehrsanlagen). Unter den einzelnen Leistungsbildern in Teil 3 sind jeweils die besonderen Grundlagen des Honorars, die nur für das einzelne Leistungsbild gelten, geregelt, insbesondere die Leistungen (Verweis auf die Leistungsbilder im Anhang), Verteilung der Prozentpunkte auf die Leistungen (wie früher), die anrechenbaren Kosten, die Honorarzonenbewertungen. Im Teil 4 befinden sich die Fachplanungen (Tragwerk und TGA).</p>
Teil I	Teil I, II	
1	1	<p>Im wesentlichen gleich mit der Ergänzung: HOAI gilt nur noch für Planer mit "Sitz im Inland"; sog. Inlandsbeschränkung</p> <p>Erfordernis der Ergänzung geht auf die Wettbewerbsfreiheit in Europa, genauer auf die europäische Dienstleistungsrichtlinie zurück. Nach der Dienstleistungsrichtlinie ist ein Inlandssitz bereits anzunehmen, wenn ein Architekt oder Ingenieur seine Tätigkeit faktisch mittels einer festen Einrichtung auf unbestimmte Zeit in Deutschland ausübt.</p>
2 Nr. 1 – 15	3 Nr. 1 – 12	<p>Teils leichtere bis weitergehende Veränderungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - 2 Nr. 1: Erweiterung des Objektbegriffs

	3 Nr. 8, 9	<ul style="list-style-type: none"> - 2 Nr. 2: Einführung des Gebäudebegriffs - 2 Nr. 6: Umbauten sind nun Umgestaltungen eines vorhandenen Objekts schon dann, wenn „Eingriffe in Konstruktion oder Bestand vorliegen; ein „wesentlicher Eingriff“ muss nicht mehr vorliegen; damit gibt es eine neue Überschneidung zwischen Umbau und raumbildenden Ausbau! Letzterer wird für die Innenarchitekten von wesentlicher Bedeutung sein, denn nur über den Umbau, § 36 HOAI 2009, kommen sie zu einem Zuschlag (vgl. unten § 35 I, auch § 4) - im wesentlichen gleich bleiben die Definitionen Modernisierung, raumbildenden Ausbaus, Freianlagen, Instandhaltung und -setzung - ergänzende Def.: <ul style="list-style-type: none"> o allg. a. Rd. T (Nr. 12) o Kostenschätzung (Gliederung DIN 276 1. Ebene) (Nr. 13) o Kostenberechnung, Gliederung DIN 276 2. Ebene – bisher war angenommen worden, dass eine K.-berechnung i.d.R. bis in die 3. Ebene zu reichen hätte, (Nr. 14) o Honorarzone <p>Entfallen sind die Definitionen § 3 Nr. 8 Einrichtungsgegenstände und Nr. 9 Integrierte Werbeanlagen, § 26 wurde zur Entschlackung gestrichen.</p>
3 I II - VIII	2 I-II, 15 I (u.a.) 2 III, 5 IV, V	<p>Änderung: Mit der Novellierung der HOAI werden nur noch die Leistungsbilder der Flächenplanung (Bauleitplanung und Landschaftsplanung), der Objektplanung (Gebäude und raumbildende Ausbauten, Freianlagen, Ingenieurbauwerke, Verkehrsanlagen) und der Fachplanung (Tragwerksplanung, technische Ausrüstung) verbindlich geregelt; die Beratungsleistungen (Umweltverträglichkeitsstudie, thermische Bauphysik, Schallschutz und Raumakustik, Bodenmechanik, Erd- und Grundbau, vermessungstechnische Leistungen) werden nicht verbindlich sondern nur noch im Anhang zur HOAI als Empfehlungen gefasst.</p> <p>Erhalten bleiben die Leistungsbilder und die Leistungsphasen (i. d. R.: 1 – 9). In der Begründung zum Entwurf heißt es ausdrücklich, dass die Formulierung im § 3 II 1 HOAI 2009 klarstelle, dass grds. nicht bei jedem Objekt sämtliche Leistungen der Leistungsbilder notwendig sind; ob hiermit der (Un-)Sitte, Planer wegen nicht erbrachter Leistungen die Prozentpunkte wegzustreichen, Einhaltung geboten wird, bleibt fraglich.</p> <p>Änderung: Besondere Leistungen sind <u>nicht</u> mehr verbindlich in der HOAI geregelt (nur noch im Anhang ohne Anspruch auf Vollzähligkeit dargestellt), sie unterliegen der freien Honorarvereinbarung §§ 631, 632 BGB (damit entfällt insb. das Erfordernis der Schriftform bei zusätzlichenbesonderen Leistungen, früher § 5 IV, nicht klar wird, wie mit ersetzenden bes. Leistungen umzugehen sein wird)</p> <p>Der neue § 3 Abs. 2 Satz 2 ist nicht klar formuliert: möglicherweise ist nichts anderes gemeint, als dass Leistungen, die nicht von den Leistungsbildern umfasst sind, im Hinblick auf die Vergütung frei vereinbar sind; nach anderer Ansicht sollen tatsächlich Zusatzleistungen grds. frei vereinbar sein.</p> <p>Ergänzung: Erstmals wird in die HOAI aufgenommen (§ 3 Abs. 6 Satz 2), dass die Wirtschaftlichkeit der Leistung stets zu beachten ist (wobei noch nicht klar ist, ob sich diese Regelung nur auf Teil 2 bezieht). Neu ist auch (§ 3 Abs. 8), dass das Ergebnis jeder Leistungsphase mit dem Auftraggeber zu erörtern ist (stellt aber nach der Begründung des Entwurfes keine Teilabnahme dar).</p>
4 I	10 II	Neu: Der neue § 4 HOAI 2009 enthält vor die Klammer gezogene allgemeine Regelungen zu den anrechenbaren Kosten, die für die Teile 2-4

II	23	<p>Neu ist auch der Verweis der vor die Klammer gezogenen Honorarermittlungsvorschrift § 6 auf die § 35, 36 Bauen im Bestand (s. hierzu oben unter § 2 Nr. 6). Da § 6 I anordnet, dass Honorar nach dem „Leistungsbild“ und beim Bauen im Bestand nach den „§§ 35, 36“ richtet, geht der Verordnungsgeber davon aus, dass § 23 HOAI 1996 entfallen könne.</p> <p>Die neue Vorschrift des § 6 Abs. 2 HOAI 2009 ist nicht ganz einfach zu verstehen. § 6 Abs. 2 HOAI 2009 soll die Möglichkeit einer "Baukostenvereinbarung" ermöglichen und damit ein – offenbar ggf. auch mindestenssatzunterschreitendes – Pauschalhonorar (zur „Abkopplung von den Baukosten“). Nach der derzeitigen Formulierung soll eine solche Baukostenvereinbarung wohl aber nur zum Zeitpunkt der Beauftragung möglich sein, und auch nur, wenn zu dem Zeitpunkt eine Planung als Voraussetzung für eine Kostenschätzung oder Kostenberechnung noch nicht vorliegt (letzteres dürfte natürlich i.d.R. der Fall sein). Da mit der Vereinbarung alleine "nachprüfbar" Baukosten einvernehmlich festgelegt werden können, sind den Parteien hier offenbar auch Grenzen gesetzt. Entsprechend der Begründung des Verordnungsentwurfes sollen „nachprüfbarer“ Baukosten z.B. anhand vergleichbarer Referenzobjekte oder einer Bedarfsplanung auf Basis der DIN 18205 ermittelt werden können; es heißt auch, dass der Abschluss einer Baukostenvereinbarung i.d.R. einen fachkundigen Auftraggeber voraussetzt. Gleichwohl wird hier offenbar insb. prof. Bauherren die Möglichkeit zur Mindestsatzunterschreitung eröffnet.</p>
7 I, VI 1 II III, IV V	4 I, IV 16 III/IV 4 II, III	<p>Der neue § 7 übernimmt wichtige Regelungen des schon früher zentralen § 4 HOAI 1996 und ergänzt diese. Absatz 1 des § 7 HOAI 2009 entspricht exakt dem Absatz 1 § 4 HOAI 1996. D. h. auch, dass hier die schon immer relevante Schwierigkeit, eine schriftliche Honorarvereinbarung "bei Auftragserteilung" herbeizuführen, leider in der neuen HOAI beibehalten wird; damit werden die Planer erneut häufig nur in den Genuss des Mindestsatzes kommen.</p> <p>Die Vorschriften des § 16 Abs. 3 und 4 HOAI 1996, auf die häufig in den anderen Leistungsbildern verwiesen wurde, wird vor die Klammer gezogen und – vereinfacht – in § 7 Abs. 2 formuliert: Außerhalb der Tafelwerte der Verordnung sind Honorare frei vereinbar. In diesem Fall gelten insbesondere nicht die Formvorschriften und nicht die Mindest- und Höchstsätze.</p> <p>Die Voraussetzungen, unter denen Mindestsätze unter- und Höchstsätze überschritten werden können, sind gleich geblieben; hier wird man auch auf alte Rechtsprechung zurückgreifen können. Die Begründung nennt u.a. ausdrücklich auch ständige Geschäftsbeziehungen, z.B. Rahmenvereinbarungen, zwischen Planer und AG.</p> <p>Die Formulierung des neuen § 7 Abs. 5 HOAI 2009 stellt (bis vielleicht auf § 4 a Satz 2 HOAI 1996) ein Novum dar: Unter der Voraussetzung, dass sich der beauftragte Leistungsumfang auf Veranlassung des Auftraggebers während der Laufzeit des Vertrages mit der Folge von Änderungen der anrechenbaren Kosten ändert, ist die dem Honorar zugrunde liegende Vereinbarung durch schriftliche Vereinbarung anzupassen. § 7 Abs. 5 HOAI 2009 stellt eigentlich eine Selbstverständlichkeit (dies allerdings nur bei Vorliegen einer „zugrunde liegenden Vereinbarung“) fest: Wenn sich der Leistungsumfang auf Anordnung des Bestellers ändert, muss die Zusatzleistung zusätzlich vergütet werden. Unklar bleibt, was passiert, wenn die Parteien ein Honorarvereinbarung nicht abgeschlossen haben. Unklar bleibt insb., wie mit Planungsänderungsanordnungen des AG umzugehen sein soll, die nicht zu einer Änderung der Baukosten bzw. zu einer Minderung führen, gleichzeitig</p>

		<p>Die Formulierung in dem alten § 20 „Planungen nach grds. verschiedenen Anforderungen“ galt auch als Maßstab, ab wann eine Änderungsleistung als wiederholte Grundleistung vergütungsfähig sei. Vor diesem Hintergrund war § 20 HOAI 1996 eine – zwingende – Honorarminderungsvorschrift, und zwar als Ausnahme von dem auch aus § 20 ersichtlichen Grundsatz, dass wiederholte Grundleistungen normalerweise <i>voll</i> nach Mindestsatz zu vergüten sind. Die Minderung wurde pauschal auf die Hälfte festgeschrieben.</p> <p>Der Grundsatz der „wiederholten“ Grundleistungen soll wohl erhalten bleiben (wohl neben der Neuregelung des § 7 V, s. dort). § 10 Satz 2 setzt an sich folgerichtig nicht mehr eine pauschale Halbierung an; vielmehr sind nunmehr „anteilige Prozentsätze“ der Wiederholungsleistungen „zu vereinbaren“. Danach dürfte es auch möglich sein, bei wiederholter vollständiger Leistung wiederholt vollständige Prozentpunkte anzusetzen.</p>
11 I 1	22 I, 23, 18, 25 I	<p>Der vor die Klammer gezogene neue § 11 I <i>Satz 1</i> HOAI 2009 regelt wie der alte § 22 Abs. 1 HOAI 1996 den Grundsatz der gesonderten Abrechnung, allerdings ist das Wort "Gebäude" durch das Wort "Objekte" ersetzt; Objekt sind nach der Begriffsbestimmung in § 2 Nr. 1 HOAI 2009 Gebäude, raumbildende Ausbauten, Freianlagen, Ingenieurbauwerke, Verkehrsanlagen, Tragwerke und Anlagen der technischen Ausrüstung. Damit entfallen die teils unterschiedlichen Regelungen in den anderen Leistungsbildern. § 25 I HOAI 1996 wird als Ausnahme vom obigen Grundsatz gestrichen. § 18 ist in §§ 32 IV, 37 III übernommen. Zu § 23 siehe oben § 6 I HOAI 2009.</p> <p>In § 11 Abs. 1 Satz 2 HOAI 2009 ist allerdings eine Neuerung vorgesehen: Danach sind Objekte mit weitgehend vergleichbaren Objektbedingungen derselben Honorarzone, die im zeitlichen und örtlichen Zusammenhang als Teil einer Gesamtmaßnahme geplant, betrieben und genutzt werden, im Hinblick auf die anrechenbaren Kosten zusammenzurechnen. Aufgrund der Degression der Honorartafeln wird es wg. dieser Regelung zu einer Honorarminderung im Vergleich zur HOAI 1996 kommen.</p> <p>Fraglich wird hier sein, was eine "Gesamtmaßnahme" ist (z. B. eine Schule, so dass zukünftig – anders als bisher – sämtliche Gebäude der Schule zusammenzurechnen wären?); nicht ganz klar wird, ob etwa der Generalplaner eines Bürogebäudes die anrechenbaren Kosten seiner Leistungen Hochbauarchitektur, Raumbildender Ausbau, TGA und Freianlagenplanung unter den in § 11 I 2 genannten Voraussetzungen zusammenzufassen hätte (schwer vorstellbar).</p>
II	II	<p>In Absatz 2 ist eine zusätzliche Minderungsstufe ab der achten Wiederholung von 90 % vorgesehen. Beispiele für Absatz 2 können sein u.a. spiegelgleiche Objekte, Serienbauten, Objekte nach Typenplanung.</p> <p>Der frühere Absatz 3 ist entfallen.</p>
III	IV	<p>Der neue Absatz 3 übernimmt die Regelung des alten Absatzes 4 mit einer allerdings entscheidenden Änderung: die Worte „nach gleichem oder spiegelgleichem Entwurf“ sind gestrichen. Auch ist die Minderung nicht auf Leistungsphasen 1 – 7 beschränkt. Damit erhält der Absatz III den Charakter einer allgemeinen Honorarminderungsvorschrift bei zeitlich hintereinander folgenden Aufträgen eines Auftraggebers. Über die Frage, wann „Leistungen bereits Gegenstand eines anderen Auftrages waren“, wird gestritten werden können (die Begründung des Entwurfes spricht von „wesentlichen Ersparnissen auf Grund bereits erbrachter Leistungen“). Angesichts der unsicheren Voraussetzungen und gravierenden Rechtsfolgen der Regelung kann derzeit nur von einem Missgriff des Verordnungsgebers gesprochen werden.</p>

IV		besondere Regelung für Teil II
12		besondere Regelung für Teil II
13	5 a	Interpolationsregelung
14 I II III	7 I II III	Die Regelung zu den Nebenkosten ist im wesentlichen gleich geblieben; insb. bleibt es dabei, dass Nebenkostenpauschalen nur schriftlich bei Auftragserteilung vereinbart werden können.
15 I II III IV	8 I II III IV	Die Regelungen des alten § 8 werden weitgehend identisch in den neuen § 15 übernommen. Wichtig ist vor allem die Abschlagszahlungsregelung des Absatzes 2. Danach brauchen Planer nach wie vor nicht auf den insoweit auch untauglichen § 632a BGB zurückzugreifen.
16	9	Die Umsatzsteuerregelung ist nur leicht ergänzt betreffend Auslagen.
-	6	Der alte § 6 zu den Mindest- und Höchstsätzen von Zeithonoraren ist ersatzlos gestrichen. Zeithonorar ist zukünftig frei vereinbar. Es bleibt allerdings dabei, dass Honorare für Leistungen, die von der HOAI erfasst werden, innerhalb der nach den Ermittlungsparametern zu bestimmenden Mindest- und Höchstsätze liegen müssen.
-	26	§ 26 ist ersatzlos gestrichen.
-	u.a. 31, 32, 33	Regelungen Projektsteuerung, Winterbau und Gutachtenerstellung ersatzlos gestrichen
Teil II	Teile V-VI	
17- 31	35-50	(umkommentiert)
Teil III	Teile VII-IX	
Abschnitt 1		Gebäude und raumbildende Ausbauten
32	10	§ 32 enthält in Ergänzung des § 4 die besonderen Regelungen zu den anrechenbaren Kosten für Gebäude und raumbildende Ausbauten. In § 32 wurde das Regel-/Ausnahmeverhältnis geändert: Im alten § 10 war die Regel, dass alle Kosten, die nicht ausdrücklich als lediglich beschränkt, bedingt oder nicht anrechenbar deklariert wurden, anrechenbar waren. Nunmehr gilt nur noch als (beschränkt/bedingt) anrechenbar, was ausdrücklich entsprechend bezeichnet ist. Dabei wird Bezug genommen auf die Begriffe der Kostengruppen der DIN 276 12/2008, obwohl die Kostengruppen nicht gesondert erwähnt sind.
I		In Absatz 1 wird klargestellt, dass für Gebäude und raumbildende Ausbauten insbesondere
II	IV	- die Kosten der Baukonstruktion (DIN 276 12.2008 KG 300) voll anrechenbar sind (früher in etwa DIN 276 1981 KG 3.1 – ebenfalls voll anrechenbar – sowie teils 3.4 betriebliche Einbauten – früher beschränkt gem. 10 IV anrechenbar),
III	V	- die Kosten der technischen Anlagen (KG 400) gemäß Abs. 2 beschränkt (früher § 10 Abs. 4 i.V.m. in etwa DIN 276 1981 KG 3.2 – 3.3 u. 3.5.2 – 3.5.3 – ebenfalls beschränkt anrechenbar – sowie u.a. KG 4.5 Beleuchtung – früher bedingt anrechenbar 10 V Nr. 6), § 10 IV 2 ist weggefallen, enthielt aber ohnehin nur eine Klarstellung, und
		- die Kosten Herrichten (DIN 276 12.2008 KG 210 ff., früher DIN 276 1981 KG 1.4 – auch früher bedingt anrechenbar gem. 10 V Nr. 2), nicht öffentliche Erschließung (DIN 276 12.2008 KG 230, früher DIN 276 1981

		letztlich aufgrund der degressiven Honorartafeln zu einer Honorarerhöhung führt.
36 I, II	27	Der neue § 36 HOAI 2009 übernimmt – nunmehr in zwei Absätzen – die Regelung des alten § 27 HOAI 1996. Es bleibt dabei, dass der Prozentsatz für die Objektüberwachung um bis zu 50 % erhöht vereinbart werden kann. Ohne Vereinbarung findet eine Erhöhung nicht statt (also keine Mindestsatz-Erhöhung), allerdings muss die Vereinbarung wohl nicht zwingend bei Auftragserteilung und auch nicht schriftlich (was wegen der Beweisbarkeit gleichwohl empfehlenswert ist) erfolgen. § 10 III a ist gestrichen (s.o.)
Abschnitt 2		Freianlagen
37 I	10 IV a	§ 37 definiert die anrechenbaren Kosten genauer für das Objekt Freianlagen (allgemein siehe § 4). Dabei entspricht § 37 Abs. I im Wesentlichen dem alten § 10 Abs. IV a HOAI 1996.
II	10 VI	§ 37 Abs. II entspricht dem alten § 10 Abs. VI.
III	18	§ 37 Abs. III übernimmt die Regelung des alten § 18 (vgl. identisch § 32 Abs. IV HOAI 2009).
38 I, IV	15 I, IV	Das Leistungsbild für Freianlagen in § 38 (Bezugnahme auf das Leistungsbild gemäß § 33 HOAI 2009) ist mit dem alten § 15 Abs. II identisch geblieben, gleiches gilt für die prozentuale Bewertung im früheren § 15 Abs. I.
39 I	17	In der Honorartafel des § 39 Abs. I HOAI sind die Honorartafelanfangswerte (€ 20.452,00) und Endwerte (€ 1.533.876,00) des alten § 17 HOAI gleich geblieben. Die Werte sind nach Angaben des Ministeriums um 10 % angehoben.
IV - V	13 I – III	§ 39 Abs. II HOAI enthält die aus dem alten § 13 Abs. I herausgezogenen Bewertungsmerkmale zusammengestellt; die Bewertungsmerkmale sind gleich geblieben. Die Honorarzoneneinordnung in Honorarzone I bis V ist nunmehr allgemein in § 5 geregelt. Die Regelung des alten § 13 Abs. II ist identisch in dem neuen § 39 Abs. III übernommen, die Regelung des alten § 13 Abs. 3 in den neuen § 39 Abs. IV (vgl. allgemein zur Problematik der Punktbewertung oben unter § 34 HOAI).
	14	Die Objektliste ist in den Anhang übernommen.
55, 56	103	Entfallen ist die früher in § 103 II ausdrücklich eingeräumte Option, für ab dem Inkrafttreten einer neuen HOAI erbrachte Leistungen die neue HOAI zugrunde zulegen. Ob entsprechende Vereinbarungen in AGB`s nunmehr als unwirksam zu betrachten sind, bleibt abzuwarten.